

157/AE

des Abgeordneten Reinhard Firlinger, Klara Motter
und weiterer Abgeordneter
betreffend Fütterungsverbot für Tier- und Knochenmehl in der Lebensmittelproduktion

Da die Erkrankung von Rindern an Boviner Spongiformer Enzephalopathie (BSE) auf die Fütterung mit aus an Scrapie erkrankten Schafen gewonnen Tiermehl zurückgeführt wird und die Übertragung von BSE auf den Menschen sehr wahrscheinlich ist, sollte generell die Fütterung von Tier- und Knochenmehl in der Lebensmittelproduktion zumindestens bis zur Klärung aller damit zusammenhängender Fragen untersagt werden.

Zur Zeit besteht in Österreich das Verbot zur Fütterung von Tier- und Knochenmehl in der Rinderzucht. Dieses Verbot gilt nicht jedoch für die Schweine- und Geflügelmast. Darüber hinaus wird Tiermehl in geringen Mengen auch zur Produktion von Fischfutter für die Aquakultur eingesetzt.

Die kontinuierliche Zunahme des durch niedrige Transportkosten begünstigten weltweiten Handels mit Fleisch, Fisch sowie Fleisch- und Fischprodukten drängt die Frage nach den daraus resultierenden hygienischen Risiken auf. Entscheidungen einer verantwortungsvollen Handels- und Landwirtschaftspolitik sollten auf jeden Fall nur auf Basis einer Betrachtung bestehender Gefährdungspotentiale gefällt werden.

Die unterzeichnenden Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesministerin für Gesundheit und Konsumentenschutz wird ersucht ein generelles Fütterungsverbot für Tier- und Knochenmehl in der Lebensmittelproduktion zu erlassen. Dieses Verbot sollte gelten, bis die Übertragung von Krankheitserregern im Wege der Fütterung von Tier- und Knochenmehl ausgeschlossen werden kann. Darüber hinaus wird die Bundesministerin für Gesundheit und Konsumentenschutz ersucht bis Ende 1996 einen Bericht vorzulegen, der die Risikopotentiale beschreibt, die von der Übertragung von Krankheitserregern im Wege der Fütterung von Tier-, Knochen- und Fischmehl ausgehen."

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Ausschuß für Gesundheit beantragt.